



Wolfgang Wieland

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wolfgang Wieland, MdB - Wahlkreisbüro Kommandantenstr. 80 -
10117 Berlin

Deutsch-Israelische Gesellschaft
Arbeitsgemeinschaft Berlin und Potsdam
Auguststr. 80

10117 Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Dr. Wolf Albin
Monika Amholdt-Esche
Tilo Fuchs
Raum 1.659
☎ (030) 227 - 74 555
☎ (030) 227 - 76 674
✉ wolfgang.wieland@bundestag.de

Wahlkreis
Wolfgang Pohner
Kommandantenstr. 80
10117 Berlin

☎ (030) 61 60 99 55
☎ (030) 616 01 61
✉ wolfgang.wieland@wk.bundestag.de

Ihr Fragebogen

25.08.2009

Sehr geehrte Herren Feilcke und Faber,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 25.08.2009, in dem Sie uns Fragen zum Antisemitismus und zum Umgang mit dem Iran stellen. Da wir uns von Bündnis 90/Die Grünen um differenzierte Positionen zu allen politischen Themen bemühen, erlaube ich mir Ihre Fragen etwas umfangreicher zu beantworten als es in Ihrem Fragebogen vorgesehen ist.

Zu 1)

In insgesamt vier UN-Resolutionen wurden zwischen 2006 und 2008 v.a. Sanktionen gegen den iranischen Nuklearsektor erlassen. Bündnis90/Die Grünen unterstützen alle multilateral abgestimmten Maßnahmen, die effektiv geeignet sind, das iranische Atomprogramm einzuschränken oder zu verlangsamen, solange Iran die internationalen Zweifel hinsichtlich einer militärischen Nutzung nicht beseitigen kann.

Die Wirksamkeit von Wirtschaftssanktionen gegen den Iran ist umstritten. Tatsache ist, dass 30 Jahre harter US-Sanktionen seitens der USA den Iran zu keiner Umkehr bewegen konnten. Auch der massive Druck und das Ziel des "Regime Change" der Regierung unter George W. Bush waren kontraproduktiv und haben zu einer Festigung der Macht der Hardliner geführt. Das Atomprogramm wurde nicht verlangsamt, sondern unter Ahmadinedschad massiv vorangetrieben. Gerade die Hardliner um Ahmadinedschad beuten Sanktionen erfolgreich propagandistisch aus. Das Atomprogramm gilt in Iran als nationales Projekt.

Wenn Sanktionen die iranische Bevölkerung treffen, drohen sie kontraproduktiv zu wirken. Es ist zu befürchten, dass Wirtschaftssanktionen und ein Isolationskurs die iranische Führung zusätzlich antreiben, vollendete Tatsachen zu schaffen und sein Atomprogramm zu beschleunigen. Ein Abbruch der Zusammenarbeit im Rahmen des NVV, die derzeit noch mit der Anwesenheit von Kontrolleuren der IAEA funktioniert, wäre gefährlich, da jegliche Transparenz im Atomprogramm verloren ginge. Bisherige Sanktionen - in erster Linie Finanzsanktionen - wurden von der iranischen Führung zudem erfolgreich umgangen.



Wolfgang Wieland
Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 2 von 3 Seiten des Schreibens vom 25.08.2009

Den Grünen liegt es fern, Geschäftsinteressen über wichtige politische oder menschenrechtliche Forderungen zu stellen. Ausschlaggebend für die Iranpolitik muss die Wirksamkeit der Instrumente und die Aussichten auf den Erfolg sein - also die Verhinderung einer iranischen Atombombe, die eine Bedrohung für Israel und die Region wäre, sowie das Ziel einer verbesserten Menschenrechtslage im Iran, gerade im Hinblick auf die aktuellen Proteste nach den Wahlen vom 12. Juni und die gewaltsame Unterdrückung durch das Regime. Wirtschaftssanktionen haben bisher diese Ziele nicht erreichen können, und Erfahrungen in vergleichbaren internationalen Konstellationen wenig vielversprechend (oder hatten, wie im Falle Iraks, katastrophale Folgen). Deshalb hat sich Präsident Obama für einen Strategiewechsel gegenüber Iran entschieden und strebt direkte Gespräche an. Wir meinen, dass diese Chance zur Verhinderung der iranischen Atombombe grundsätzlich genutzt werden muss, denn nach Schätzungen könnte schon in einem "halben Jahr" (BND-Quellen im STERN) der Iran über militärische nukleare Fähigkeiten verfügen. Angesichts der aktuellen Lage wollen wir bei jeder Politik die Solidarität mit den Menschen im Iran wahren, die sich dort friedlich und mit viel Mut für mehr Freiheit und ihre Rechte einsetzen.

Zu 2)

Wir sind der Meinung, dass Sanktionen - sowohl die bisherigen, als auch zukünftige Maßnahmen - unbedingt eine europäische, vor allem aber internationale Geschlossenheit voraussetzen. Auch und gerade mit Blick auf die aktuellen Proteste. Alleingänge in der Sanktionspolitik schaden dem Versuch, Teheran von einer Abkehr einer konfrontativen Politik zu überzeugen. Sie bieten Iran eine Steilvorlage für die Spaltung der internationalen Gemeinschaft. Wir setzen uns für eine enge transatlantische Abstimmung beim Thema, aber für auch eine Einbeziehung Russlands und Chinas ein.

Zu 3)

Wie bereit ausgeführt, hängt dies von der weiteren Entwicklung in den Iranverhandlungen ab. Sollte der Iran dauerhaft - also auch nach den Wahlen im Juni 2009 - Verhandlungen mit den 3+3 ablehnen und sein Atomprogramm beschleunigen, wird es zu Diskussionen über neue Sanktionen kommen. Über diese muss im Rahmen einer gemeinsamen Strategie der 3+3 entschieden werden. Wir treten dafür ein, dass Deutschland multilateral im Rahmen der vereinten Nationen beschlossene Sanktionen umsetzt.

Zu 4)

Bündnis 90/ Die Grünen unterstützen grundsätzlich ein Verbot gegen Israel kämpfender Terrororganisationen und ein Verbot von Gruppierungen, die ihre Ziele mit Gewalt gegen Zivilisten durchsetzen und in Deutschland und Europa terroristische Aktivitäten betreiben.

Diese Verbote müssen auf EU-Ebene transparent, nach einer umfassenden und nachvollziehbaren Bewertung der Organisationen getroffen werden und die Möglichkeit zum Widerspruch einräumen. Die derzeitige Intransparenz der EU-"Terrorliste", die von den europäischen Regierungen erstellt wird, hat dazu geführt, dass 2008 nach Gerichtsentscheidungen die undemokratische und in vielen Staaten propagandistisch vorgehende Organisation der iranischen Volksmudschaheddin von der Terrorliste gestrichen werden musste.

Es muss im Einzelfall entschieden werden, wo innerhalb der EU ein Verbot aus Sicht der Bekämpfung des Terrorismus richtig ist, ohne den politischen Spielraum der EU als außen-

**Wolfgang Wieland**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 3 von 3 Seiten des Schreibens vom 25.08.200

und friedenspolitischer Akteur zu beschneiden. Die Hisbollah z.B. hat ihrerseits einen militärischen Arm, ist seit 2008 aber auch Mitglied der libanesischen Regierung und hat an den Parlamentswahlen im Juni 2009 teilgenommen - und ihre Niederlage im demokratischen Prozess akzeptiert. Als solche wird sie von der EU als Gesprächspartner einbezogen, um Fortschritte bei der Suche nach einer friedlichen Einigung im Libanon und der Region zu unterstützen. Um ein Verbot der Hisbollah durchzusetzen wäre innerhalb der EU eine einstimmige Entscheidung notwendig. Großbritannien hat 2008 den militärischen Arm der Hisbollah national verboten, sich 2009 aufgrund der politischen Beteiligung der Hisbollah aber entschieden, Kontakte im Libanon aufzunehmen.

Für ein Verbot in Deutschland prüft der Verfassungsschutz, inwieweit Aktivitäten im Sinne terroristischer Vereinigungen vorliegen. Im Verfassungsschutzbericht 2007 heißt es, dass sich Anhänger von Hamas und Hisbollah in Deutschland "mit öffentlichen Aktivitäten jedoch weiterhin zurückhielten" (S.184). Die Hisbollah tritt dennoch gelegentlich mit Gewalt verherrlichenden Demonstrationen in der Öffentlichkeit auf, so z.B. beim jährlichen "al-Quds-Tag". Bündnis 90/Die Grünen unterstützen zivilgesellschaftliche Aktivitäten, die diesen Zielen entgegnetreten. Über ein Verbot muss anhand konkreter Aktivitäten und Beweismitteln gegen die Hisbollah und andere Organisationen entschieden werden.

Zu 5)

Auch hier ist nur ein gemeinsames Vorgehen aller EU-Staaten aus den oben genannten Gründen sinnvoll.

Zu 6)

Für eine zügige Umsetzung des Bundestagsbeschlusses werden sich alle Mitglieder der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen einsetzen, denn wir haben zusammen mit den anderen Fraktionen im Deutschen Bundestag diesen Antrag eingebracht.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Pöhner, Wahlkreismitarbeiter von Wolfgang Wieland, MdB

Weitere Informationen: www.gruene-fraktion.de